

## **Hohe Leistungen ermöglichten weiteren sozialen Fortschritt**

Als Kernstück der Sozialpolitik unserer Partei wurde das Wohnungsbauprogramm weiter zügig verwirklicht. In diesem Jahr sind bis Ende Mai 82 490 Wohnungen neugebaut bzw. modernisiert worden. Dabei wurde ein Planvorsprung von 5 790 Wohnungen erreicht. Für weitere 247 000 Bürger verbesserten sich so die Lebensverhältnisse.

Bedeutsam für die Erhaltung der Bausubstanz ist, daß bei Baureparaturen an Wohngebäuden der Plan mit 102,7 Prozent erfüllt wurde. Von hohem Wert ist ebenso, daß die Ziele bei den Gemeinschaftseinrichtungen insgesamt erfüllt wurden. 2 363 Kinderkrippenplätze, 6 366 Kindergartenplätze, 500 Unterrichtsräume, 29 Schulsporthallen sowie 1 048 Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen sind fertiggestellt worden.

Nach wie vor kommt es darauf an, daß die Partei- und Staatsorgane in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden dem Baugeschehen besondere Aufmerksamkeit widmen. Das ist um so mehr erforderlich, weil hinter den positiven Gesamtergebnissen manche Planrückstände stehen. Das betrifft zum Beispiel im Wohnungsneubau die Kreise Rudolstadt, Werdau, Großenhain, Schmölln und Neuruppin. Bei Gemeinschaftseinrichtungen sind es der Bezirk Rostock mit Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen sowie die Bezirke Gera, Neubrandenburg und Suhl mit Schulsporthallen. Bei Baureparaturen haben die Kreise Dresden-Stadt, Magdeburg, Dessau, Halberstadt, Rostock-Stadt und Pößneck sowie manche andere Kreise, Städte und Stadtbezirke Planrückstände.

Das Sekretariat des ZK hat Maßnahmen zur Entwicklung des Wohnungsbestandes beschlossen. Sie sind darauf gerichtet, den Wohnungsbestand maximal für die Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu nutzen. Es geht darum, die bedeutenden volkswirtschaftlichen Aufwendungen und Anstrengungen in unserem Land voll und ganz für die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bürger wirksam zu machen. Deshalb gilt es, in jedem Kreis mit hohem Verantwortungsbewußtsein konkret zu prüfen und Maßnahmen zu treffen, um bisher vorgesehene Ausgliederungen von Wohnungen durch Erhaltung und Rekonstruktion zu vermeiden. Weiter ist es notwendig, vorhandene und zeitweilig nicht nutzbare Wohnungen schneller wieder für Wohnzwecke zu gewinnen. Das verlangt größere Anstrengungen in allen Kreisen, Städten und Stadtbezirken. In diesem Zusammenhang verdient die breite Anwendung der in Plauen, Schwarzenberg und Frankfurt (Oder) gesammelten Erfahrungen noch viel